



Vorstand

Briefanschrift: IG Metall Vorstand, 60519 Frankfurt am Main

An das Mitglied der
Europäischen Kommission
Herrn Olli Rehn
Rue de la Loi 200

B -1049 Brüssel

Datum:
16.05.2008

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
01/Hu/06/rh/nö

Telefon:
069-6693-2650

FAX:
069-6693-2028

E-Mail:
internationales@igmetall.de

Sehr geehrter Herr Kommissar,

die IG Metall hat die Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei begrüßt. Die Türkei kann vor allem eine kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung für die Europäische Union sein. Die Kopenhagen-Kriterien, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, müssen auch für die Verhandlungen mit der Türkei gelten.

Die gewaltsamen Ereignisse in der Türkei während der 1. Mai Demonstrationen in Istanbul veranlassen uns zu diesem Brief an Sie. Die türkischen Gewerkschaften wollten am 1. Mai 2008 im Zentrum Istanbuls ihrer 36 getöteten Kolleginnen und Kollegen vor 31 Jahren gedenken. Anstatt entsprechende Sicherheitsmaßnahmen einzuleiten und den Demonstrationzug schützend zu begleiten, versuchte die Polizei die Zusammenkunft einer halben Million Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit rücksichtsloser Gewalt zu verhindern.

In der Türkei werden aktive, nicht regierungskonforme Gewerkschaften unterdrückt und ihre Funktionäre politisch verfolgt. Der türkische Staat und bisherige Regierungen haben nichts unversucht gelassen, mit Mitteln der staatlichen Gewalt den demokratischen Einfluss von Gewerkschaften auszuschalten. Nach dem Militärputsch 1980 wurde per Gesetz das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation und Betätigung massiv behindert, die internationalen Normen (z.B. die ILO-Standards) werden permanent missachtet.

IG Metall Vorstand

Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main

Telefon: (0 69) 66 93-0
Fax: (0 69) 66 93-28 43
E-Mail: vorstand@igmetall.de
Internet: www.igmetall.de

Helaba Frankfurt
Konto-Nr. 83 000 000
BLZ 500 500 00

Datenschutzhinweis: Name, Adresse und zur Bearbeitung nötige Angaben werden vorübergehend gespeichert.

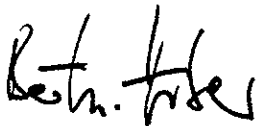
IG Metall –
Gewerkschaft für Produktion
und Dienstleistung im DGB

Der Staat, die Regierung und Unternehmer in der Türkei dulden Gewerkschaften nur, wenn diese sich staats- und unternehmensnah verhalten und jede arbeitnehmerfeindliche Politik kritiklos hinnehmen.

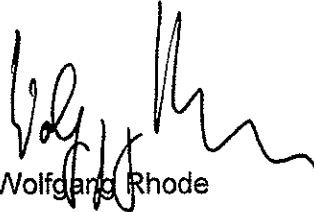
Die türkische Regierung unter Ministerpräsident Erdogan setzt diese antidemokratische Tradition fort. Obgleich sich die Türkei ökonomisch, finanziell, politisch und militärisch rasant weiterentwickelt und obwohl in manchen Branchen (z.B. in Textil-, Automobil- und Elektroindustrie) die Anzahl der abhängig Beschäftigten zunimmt, konnten freie Gewerkschaften und ihre Dachverbände ihren Einfluss so gut wie nicht geltend machen. Der geringe Grad der gewerkschaftlichen Einflüsse ist vor allem auf die bestehende Rechtslage (Gewerkschaftsgesetz, Tarifverhandlungsgesetz) und auf reaktionäre politische Strukturen und Personen zurückzuführen.

Die Türkei muss in jedem Verhandlungsgespräch stärker als bisher auf ihre Verpflichtung hingewiesen und konkret aufgefordert werden, dass demokratisch strukturierte Gewerkschaften nicht als Gefahr, sondern als aufbauendes Moment einer weltoffenen, demokratischen Gesellschaft angesehen und behandelt werden müssen. Alle Barrieren gegen freie Organisation von Arbeitnehmer in den Gewerkschaften müssen beseitigt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Berthold Huber
1. Vorsitzender



Wolfgang Rhode
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied